



F Empfehlen



Tweet



+1

**p Politik-News**

NACHRICHTEN AUS POLITIK & WIRTSCHAFT

104.644 Unterzeichner fordern bundesweite Volksabstimmungen

Peter Mühlbauer 18.10.2013

Mehr Demokratie und Omnibus für Direkte Demokratie wollen die 299 Listenpakete am Dienstag SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zeigen und dabei die Einhaltung des Wahlversprechens anmahnen

Am Dienstag den 22. Oktober 2013 tritt der neu gewählte 18. Bundestag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Bei dieser Gelegenheit wollen die beiden Organisationen [↗ Mehr Demokratie](#) und [↗ Omnibus für Direkte Demokratie](#) SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zwischen 13 Uhr und 13 Uhr 30 Uhr an der [↗ Paul-Löbe-Allee](#) 299 Pakete mit 104.644 in ganz Deutschland gesammelten und nach Wahlkreisen sortierten Unterschriften für die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen zeigen. Anschließend werden die Unterschriften versiegelt der Bundestags-Hauspost übergeben und den neuen direkt gewählten Abgeordneten als "erste Post aus ihren Wahlkreisen" zugestellt.

Zusätzlich wollen die beiden Organisationen die Sozialdemokraten dazu auffordern, dass sie ihr Wahlversprechen einhalten und die [↗ außergewöhnlich günstige](#) Gelegenheit nutzen, direkte Demokratie im Koalitionsvertrag mit CDU und CSU unterzubringen. Ob dies tatsächlich geschieht, ist allerdings fraglich:

Dafür spricht, dass Andrea Nahles dem [↗ ARD-Morgenmagazin](#) am 7. Oktober sagte, eine Neuauflage einer großen Koalition unter einer Kanzlerin Angela Merkel, die die SPD zwischen 2005 und 2009 um 11,2 Punkte auf ein historisches Tief von 23 Prozent gedrückt hatte, dürfe sich "nicht nur im Klein-Klein bewegen", sondern müsse "große Themen" wie die "Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen und die Einführung bundesweiter Volksentscheide" in Angriff nehmen.

Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, der vor der Wahl im [↗ Kandidatencheck von Mehr Demokratie](#) und in der Zeitschrift [↗ Das Parlament](#) vollmundig verkündet hatte, er sei ein "glühender Verfechter von Volksentscheiden auch auf Bundesebene" und finde es "wichtig, dass sich Parteien und Mandatsträger stärker mit direkten Beteiligungsformen für Bürger auseinandersetzen", schweigt dagegen seit mittlerweile [↗ 24 täglichen Telepolis-Anfragen](#) dazu, ob er in Koalitionsverhandlungen auf seinen Angaben im Kandidatencheck beharren wird.